

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報

Eingetragen als Zeitung
auf dem Chines. Postamt.

紙之立掛特郵中
報券號准政華

Motto:

Ohne Rücksicht auf Parteien
Treu der alten Heimat und der neuen.

3. Jahrgang

Tientsin, Freitag, den 23. Dezember 1932.

Nummer 684

Der deutsche Aussenminister zu der Frage der Abrüstung.

Berlin, den 21. Dez. (T. O. A.). In den Zeitschrift „Heimatdienst“ veröffentlicht der deutsche Aussenminister v. Neurath heute einen Artikel über die Lage in Genf nach dem Fünf-Mächte-Abkommen. Er erinnert daran, dass Deutschland der Abrüstungskonferenz unter zwei Bedingungen beigetreten sei: Abrüstung der anderen Staaten bis auf das Niveau von Versailles und ferner Gleichberechtigung für Deutschland.

In der ersten Phase der Konferenz sei man bemüht gewesen, die Abrüstung nach den militärischen Paragraphen des Versailler Vertrages durchzuführen, aber der Vertragsschluss vom 23. Juli habe bewiesen, dass die anderen Staaten dazu nicht bereit sind.

Infolgedessen war für Deutschland die einzige Möglichkeit seine Forderungen auf Gleichberechtigung durchzudrücken, es musste darauf bestehen, dass von der Konferenz ein allgemein gültiges System für die Abrüstung ausgearbeitet wurde und dahingehend war auch die deutsche Forderung, die im Juli aber abgelehnt worden ist.

Deutschland zog sich daraufhin von der Konferenz zurück.

Der Artikel geht dann noch auf die Verhandlungen ein, welche zum Abschluss des Fünf-Mächte-Vertrages und der von Herriot aufgestellten Formel führten.

Der Aufsatz schliesst mit den Worten: „Die Sicherheit für alle Staaten, die auch in der Formel erwähnt ist, ist etwas, was wir für uns verlangen, denn wir besitzen augenblicklich nicht das Minimum einer nationalen Verteidigung.“

In Ausführung des Amnestiegesetzes.

Berlin, den 21. Dez. (T. O. A.). Heute Mittag öffneten sich die Gefängnistore für 15 000 politische Verbrecher, deren Vergehen unter das vom Reichstag und Bundesrat genehmigte Amnestiegesetz fallen.

Abschluss der deutsch-französischen Verhandlungen.

Berlin, den 21. Dezember (T.O.A.). Die französisch-deutschen Verhandlungen über den Handelsvertrag von 1927, die genau vor einem Monat begonnen wurden, sind heute abgeschlossen worden mit dem Resultat, dass ein Zusatzvertrag gemacht worden ist, der beiden Regierungen sofort zur Bestätigung vorgelegt werden soll. Dies Zusatzabkommen ist noch nicht veröffentlicht worden, aber es ist ausgemacht worden, dass es am 1. Februar versuchsweise in Kraft gesetzt werden soll.

Die deutsche und französische Delegation verhandeln weiter über ein Abkommen zur Erleichterung von Geldüberweisungen und zur Hebung des gegenseitigen Touristenverkehrs.

Italienisch-jugoslawische Spannung.

Belgrad, den 21. Dez. (T. O. A.). Dass die Beziehungen zwischen Jugoslawien und Italien sehr gespannt sind, zeigte heute die Debatte im jugo-slavischem Senat über die italienische Note wegen der unfreundlichen Demonstrationen in Zadar, Belgrad und wegen des Zwischenfalls in Trogir, einer kleinen Stadt im Dalmation, wo von jugendlichen Raufbolden einigen Marmorlöwen — die Embleme der früheren venetianischen Staatshoheit — zertrümmert wurden.

Der Senat war in sehr aggressiver Stimmung und die Regierung wurde in einer Eingabe aufgefordert, gegen die Uebergrieffe einer auswärtigen Macht und zur Wahrung der jugo-slavischen Staatshoheit einen festen Standpunkt einzunehmen.

Der Aussenminister Jevtich legte seine Worte nicht auf die Wagschale. Er bezeichnete die italienische Beschwerde als bedauerlich und absolut ungerechtfertigt, da weder Italien noch seine Ideale beleidigt worden seien. Er fügte hinzu, dass die Regierung es nicht mit ihrer Würde vereinbar halte, auf die italienische Note in gleicher Weise zu antworten, sondern dass sie in Ruhe die weitere Entwicklung abwarten werde. Das solle jedoch nicht dahingehend ausgelegt werden, dass die jugo-slavische Regierung die Hände in den Schoos legen wolle und keinen Widerstand leisten werde.

Die Rede wurde mit grossem Beifall aufgenommen, und während der Debatte versuchten sich verschiedene Senatoren in ihren stürmischen Reden in denen italien vorgeworfen wurde, dass es Jugo-slawn zu beleidigen beabsichtige, zu überbieten.

Dr. W.W. Yen Gesandter in Moskau.

Moskau, den 21. Dez. (Reuter). Die Sowjet Regierung hat ihr Einverständnis zu der Ernennung von Dr. W.W. Yen als Gesandter in U.d.S.S.R. gegeben.

Wahrung der britischen Interessen in China.

London, den 21. Dezember (Reuter). Das Interesse der britischen Finanzkreise an den chinesischen Staatseisenbahnen geht aus einer Reihe von Anfragen im Unterhaus hervor.

Capt. Eden sagte, dass die britischen Aktien-Inhaber der Peking-Mukden-Bahn von der Unabhängigkeit der Mandschuguo nicht berührt würden.

Nachdem man verschiedentlich bei der Chinesischen Regierung vorstellig geworden sei, hat jetzt Nanking konkrete Vorschläge bezüglich der Forderungen den britischen Angestellten der Eisenbahnen gemacht.

Ferner ist man wegen der Nichtzahlung von Zinsen und Amortisationen der Eisenbahnen vorstellig geworden. Die Chinesische Regierung hat geantwortet, dass das Eisenbahn-Ministerium Pläne zur Tilgung der Schulden ausarbeite, dass aber eine Regelung der britischen Forderungen nur im Rahmen eines Schemas erfolgen könne, das für alle anderen ebenfalls gültig sei. Was die Tientsin-Tukow Bahn betreffe, erklärte Capt. Eden, dass Vorkehrungen getroffen seien, damit monatliche Rückstellungen gemacht würden, um die rückständigen Zahlungen zu leisten.

Schliesslich gab Capt. Eden die Versicherung ab, dass Sir Miles Lampson die Angelegenheit weiterverfolge.

China klagt an . . .

Nanking, den 21. Dez. (Reuter). Der chinesische Aussenminister erhob heute Morgen gegen Japan folgende Anklagen:

1. Verletzung der fundamentalen Prinzipien der Gesetze und der menschlichen Gerechtigkeit.
2. Verletzung der Grundidee der internationalen Verträge.
3. Verletzung der Satzungen des Völkerbundes.
4. Verletzung des Pariser Vertrages.
5. Verletzung des Neun-Mächte-Vertrages.
6. Verletzung der Völkerbunds-Beschlüsse.
7. Verletzung der von Japan selber dem Völkerbund gegebenen Zusicherungen.

Zum Schluss sprach Dr. Lo Wen-kan die Hoffnung aus, dass jede Nation, die zu den Waffen greift, sich schliesslich ihr eigenes Grab gräbt.

Eine neue japanische Partei.

Tokio, den 21. Dez. (Reuter). In Gegenwart von 8000 Delegierten aus allen Teilen des Landes wird Kenzo Adachi morgen seine neue Partei „Kodumindomei“ — der Nationalbund — gründen. Das Programm enthält eine „Fernöstliche Monroe Doktrin“ und ferner strebt die neue Partei ein enges wirtschaftliches Zusammengehen zwischen Japan und Manchuguo an. Ausser anderen Zielen sind vor allen Dingen zu nennen: weitreichende Reformen im Steuer-, Finanz- und Erziehungswesen wie in der Diplomatie.

Die neue Partei zählt bereits 33 Abgeordnete im japanischen Parlament. Sie hat ferner einen faschistischen Einschlag. Ihre Mitglieder beabsichtigen „schwarze Hemden“ zu tragen.

In einer Unterredung mit der Presse erklärte Seigo Nakano, der erste Adjutant von Adachi, dass die Partei sich in erster Linie an die japanische Jugend wende, und dass sie nach der formellen Gründung einen bedeutenden Zuwachs erwarte. Schon jetzt betrage die Mitgliederzahl volle 2000 000.

Die chinesische Delegation beklagt sich

Genf, den 21. Dez. (T. O. A.). Die chinesische Delegation hat eine Erklärung abgegeben, in welcher sie mit Bedauern feststellt, dass die Verhandlungen über den chinesisch-japanischen Konflikt auf einem toten Punkt angelangt sind, und ferner wird Klage darüber geführt, dass in dem Beschluss des Neunzehner Ausschuss nicht gesagt worden sei, Japan habe die Völkerbundsatzungen und andere internationale Verträge verletzt.

Der japanische Delegierte hat vor seiner Abreise in die Riviera die Erklärung abgegeben, dass Japan mit allen Mitteln eine Aussöhnung anstrebe und nicht daran schuld sei, wenn die Verhandlungen jetzt auf dem toten Punkt angelangt seien.

Die persische Note an den Völkerbund.

Genf, den 21. Dez. (T. O. A.). Das Völkerbunds-Sekretariat veröffentlichte heute ein Telegramm des persischen Aussenministeriums, in dem versichert wird, dass bis zur Schlichtung des englisch-persischen Konfliktes der status quo anerkannt werde und alle Massnahmen verhindert werden, die zu einer Verschärfung der Lage führen könnten. Es wird ferner noch die Ankunft von persischen Sachverständigen für die Januar-Sitzung angekündigt. Die Note schliesst mit Worten des Bedauerns über den Zwischenfall und mit der Versicherung, dass Persien von Anfang an bereit gewesen sei, mit England ein neues und faires Abkommen zu schliessen.

Pfundkurs und „Hungermarsch“

Man beklagt sich in England wieder einmal darüber, dass die englischen Interessen durch kontinentale Uebertreibung der englischen Schwierigkeiten geschädigt werden. Dieselbe Klage hat man im vorigen Jahr gehört, als die Marine bei Invergordon in den Lohnstreik trat. Die Engländer scheinen sich darüber zu wundern, dass ihre inneren Angelegenheiten so grosses Aufsehen in der Welt erregen, und sie übersehen leicht, wie sie selbst gewöhnlich dazu beitragen, dass der falsche Eindruck entsteht. Im vorigen Jahr war es die Geheimnisträmerie der Admiralität und in diesem Jahr ist es der Uebereifer von Polizeiorganen.

War es wirklich nötig, dass das Londoner Rathaus an der Treppe gegenüber dem Parlament von der Polizei in Belagerungszustand versetzt wurde, als es galt eine Abordnung von sechs Arbeitslosen zu empfangen? Dass die freiwillige Polizeireserve der „Special constables“ mobilisiert wurde? Dass über tausend Polizisten in den Gängen und Höfen des Rathauses aufgestellt, alle Türen verrammelt wurden, und die ganze Gegend in einen aufgeregten Zustand versetzt wurde, als ob der Ausbruch einer Revolution bevorstünde? Wer hat denn eigentlich Angst gehabt? Die Regierung sicherlich nicht! Kein vernünftiger Mensch hier könnte überhaupt auf den Gedanken kommen, dass England in der Tat vor schweren inneren Auseinandersetzungen stünde. Es gibt auch hier krawallsüchtige Elemente, die sich als kleine Helden fühlen, wenn sie die Polizei anpöbeln. Solche Szenen konnte man am Mittwoch am Marble Arch beobachten, wo die Zahl der Polizisten die Zahl der 2000 Hungermarschgenossen übertraf. Die Londoner Polizei nimmt in der Regelung des gewöhnlichen Strassenverkehrs keine Rücksicht auf den Fussgänger, und so machte sie auch an diesem Tage den unmöglichen Versuch, den Automobilverkehr an einer Stelle aufrecht zu erhalten, an der eine Menschenmenge von 20 000 Schaulustigen aus dem von hohen Eisengittern umzäunten Hyde Park herausströmen musste. Auch mit berittener Polizei lässt sich ein solches Verkehrswunder nicht hervorzaubern. So kam es, dass einzelne Polizisten sich plötzlich abgeriegelt irgendwo in der Masse befanden. Zu ihrem Entsatz sprang die Reiter heran. Es sah gefährlicher aus als es war, und es wurde mehr gelacht als geschimpft. Die Verstärkung der Metropolitan Police durch die freiwillige Polizeireserve und die in der Presse mitgeteilte Alarmbereitschaft der ganzen Polizei waren zwei Massregeln, über die jeder nur lächeln konnte, der einmal eine Berliner Massendemonstration erlebt hat. Die englische Polizei kann den Verkehr wunderbar regeln, wenn die Garderegimenter auf der Horse Guards Parade das militärische Schauspiel des „Trooping the Colour“ vorführen, offenbar aber noch nicht, wenn das Schauspiel eine Kundgebung der Massen selber ist.

So viel über den äusseren Hergang. Wie aber liegen die Dinge selbst?

Der Premierminister hat in seiner Unterhausrede statistisch bewiesen, dass sich die Zahl der Arbeitslosen seit dem Amtsantritt der Nationalregierung nur um 66 000 vermehrt hat und um mehr als 200 000 unter der Drei-Millionen-Grenze liegt. Die Beweiskraft der Statistik wird von der Labourpartei und von den Verbänden der Arbeitslosen bestritten. Sie beweise etwas ganz anderes, nämlich die Verelendung der Bevölkerung durch jene Massregel, die im Mittelpunkt des innerpolitischen Kampfes steht, die Bedürftigkeitsprüfung oder den „Means Test“. Wenn der Arbeitslose nach 26 Wochen den versicherungsmässigen Anspruch erschöpft hat, auf den er ein Recht hat, denn bezieht er das „extended Benefit“, die Krisenunterstützung — nach konservativer Auffassung kein Recht mehr, sondern ein Gnade, eine richtige „Dole“, ein Almosen gibt man dem Bedürftigen. Wer also die Krisenunterstützung beziehen will, der muss im Wege einer Prüfung nachweisen, dass er keine anderen Existenzmittel besitzt, dass auch die Verwandten, die zu seiner Unterstützung verpflichtet sind, ihm solche nicht gewähren können.

Diese Prüfung ist der Means Test und die Erregung ist besonders dadurch geschürt worden, dass diese Prüfung von den örtlichen Behörden in ganz verschiedener Weise gehandhabt wird. So wird dem Arbeiter, sagen wir in Birmingham, gesagt, er solle sein Häuschen verkaufen, das Geld verzehren und dann wiederkommen. Sein Leidensgefährte in Manchester bekommt die Unterstützung ohne diese harte Bedingung. Kriegs- und Invalidenpensionen werden hier in Anrechnung gebracht, dort nicht. Oder der Arbeitslose wird von den Listen gestrichen, solange er noch seine Spargroschen besitzt, die er bei der Postsparkasse oder bei der Staatskasse in Form von National Savings Certificates angelogt hat. Im laufenden Etatsjahr hat der Staat durch die Anwendung des Means